

## **Resolution des Europäischen Parlaments**

Diese Resolution wurde den meisten Mitgliedern des Europäischen Parlaments am 21.11.2022 gesandt.

### **Nukleare Risikoverminderung in Europa**

Das Europäische Parlament,

in der Erkenntnis, dass jeder Einsatz von Atomwaffen katastrophale Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen sowie auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit haben würde,

In Kenntnis der Veröffentlichung neuer wissenschaftlicher Forschungsergebnisse<sup>1</sup>, die zeigen, dass ein gross angelegter Nuklearkrieg zwischen den USA und der Russischen Föderation weltweit mehr als 5 Milliarden Menschen töten würde und dass ein „begrenzter“ regionaler Einsatz von Atomwaffen mit weniger als 4 % des globalen Atomarsenals das Klima so stark stören würde, dass es zu einer lang anhaltenden weltweiten Hungersnot kommen würde, die mehr als 2 Milliarden Menschen töten würde,

In Kenntnis, dass die Weltgesundheitsorganisation, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, der Weltärztebund, der Weltverband der Verbände für öffentliche Gesundheit, der Internationale Rat der Krankenpfleger, der Internationale Verband der Medizinstudentenverbände und die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, die die Auswirkungen von Atomwaffen untersucht haben, zum Schluss gekommen sind, dass kein Staat, keine internationale oder humanitäre Organisation in der Lage ist, sinnvoll zu reagieren, und dass daher der einzige Ansatz die Primärprävention ist,

In Anerkennung der G20-Erklärung, in der es heisst: „Der Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen ist unzulässig. Die friedliche Lösung von Konflikten, Bemühungen zur Bewältigung von Krisen sowie Diplomatie und Dialog sind von entscheidender Bedeutung. Die heutige Ära darf nicht von Krieg geprägt sein.“

in der Erkenntnis, dass militärische Angriffe auf Kernkraftwerke und deren Nutzung als Militärstützpunkte zu einer nuklearen Katastrophe führen können,

In Kenntnis wiederholter Drohungen der Russischen Föderation, Atomwaffen im aktuellen Konflikt in der Ukraine einzusetzen, die schon ernste Gefahr eines Atomkriegs erheblich vergrössert haben, mit Bedauern darüber, dass die Vertragsstaaten der Zehnten Konferenz zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT) keinen Konsens über konkrete Massnahmen zur Verhinderung eines Atomkriegs und zur Erzielung von Fortschritten bei der nuklearen Abrüstung erzielen konnten.

In der Erkenntnis, dass dringend gehandelt werden muss, um einen Atomkrieg, eine humanitäre Katastrophe unvorstellbaren Ausmasses und eine existenzielle Bedrohung für das Leben auf der Erde, zu verhindern.

Verurteilt die Aggression der Russischen Föderation und deren wiederholten Drohungen, in diesem Krieg Atomwaffen einzusetzen, und

verurteilt jede Form der Androhung des Einsatzes, insbesondere des Ersteinsatzes, von Atomwaffen – sei es implizit oder explizit und ungeachtet der Umstände – als Bedrohung der globalen Gesundheit und des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.

Fordert alle Staaten auf, das Völkerrecht einzuhalten, einschliesslich des humanitären Völkerrechts, und fordert alle Staaten auf, entmilitarisierte Zonen in und um Atomanlagen einzurichten und Angriffe auf sie zu verbieten, und fordert die IAEA auf, diese Zonen und Verbote zu überwachen.

Fordert die Russische Föderation, die Vereinigten Staaten von Amerika und andere NATO-Mitgliedstaaten auf, im Ukraine-Konflikt ausdrücklich auf jede Androhung oder den Einsatz von Nuklearwaffen zu verzichten.

<sup>1</sup> Xia, L., Robock, A., Scherrer, K. *et al.* Global food insecurity and famine from reduced crop, marine fishery and livestock production due to climate disruption from nuclear war soot injection. *Nature Food* **3**, 586–596 (2022). <https://doi.org/10.1038/s43016-022-00573-0>